

Themenschwerpunkt

Sven Giegold*

Wie die Finanzpolitik den Stopp des Klimawandels unterstützen kann – ein Interview

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0059>

Zusammenfassung: Sven Giegold, Sprecher der deutschen Grünen im Europaparlament und Obmann der grünen Fraktion im Ausschuss für Wirtschafts- und Finanzpolitik, erläutert in einem Interview die Rolle des Finanzmarktes für einen ambitionierten Klimaschutz. Dabei weist er auf die Bedeutung einer sozialen und solidarischen Ökonomie – dazu zählen Sozialwirtschaft, *social entrepreneurs* oder neue Genossenschaften –, einer risikosensiblen Neuaufstellung der Finanzmarktstrategien vor dem Hintergrund der Klimakrise und auch auf staatliche Regulierungsoptionen des Finanzmarktes hin. Weitere Themen sind der Green Deal der Europäischen Kommission, die Entwicklung weltweiter Unternehmensbesteuerung, sustainable Finance und die Kritik an einer „sakralisierten“ schwarzen Null, Kryptowährung sowie Finanztransaktionssteuer und Mikrokredite. Für die vorgestellte Agenda braucht es Partner in der Zivilgesellschaft.

Abstract: Sven Giegold, spokesman for the German Greens in the European Parliament and spokesman for the Green Group in the Committee on Economic and Financial Policy, explains in an interview the role of financial markets for ambitious climate protection. He points out the importance of a social and solidarity-based economy – including the social economy, social entrepreneurs or new cooperatives –, a risk-sensitive reorganisation of financial market strategies against the backdrop of the climate crisis and also state options for regulating the financial market. Other topics include the European Commission’s Green Deal, the development of global corporate taxation, sustainable finance and the criticism of a “sacralised” black zero, cryptocurrencies as well as the financial transaction tax and microcredit. For the presented agenda, partners in civil society are needed.

Anmerkung: Sven Giegold wurde von Ansgar Klein für die Redaktion des Forschungsjournals im Juli 2021 interviewt.

*Kontakt: Sven Giegold, Europaabgeordneter aus NRW, E-Mail: sven.giegold@gruene-nrw.de



FJSB: Lieber Sven Giegold, für unseren Themendiskurs über Energiewende und Finanzpolitik freuen wir uns auf ein Interview. – Die erste Frage: Der Klimawandel bedeutet für die Gesellschaft schon heute eine große Herausforderung und ist die zentrale Zukunftsfrage. Welche Rollen spielen dabei Finanzpolitik, Geldmarkt, Banken oder Investoren insgesamt?

Bedeutung des Finanzmarktes

Giegold: Ich würde zugespitzt sagen: Nichts von Relevanz. Die Rolle der Finanzmärkte ist viel weniger bedeutend, als viele denken. Denn eigentlich geht es darum, dass wir anders produzieren und anders konsumieren. Das ist zuvorderst keine Frage von Geld, sondern zuvorderst eine Frage der Bereitschaft, seine Mobilität anders zu organisieren, die Landwirtschaft anders zu organisieren, unsere Energie anders zu produzieren. Und natürlich ist dieses Vorhaben nichts Anderes als ein riesiges Investitions-, Innovations- aber auch Mäßigungsprogramm.

Bei den Investitionen geht es um Geld. Allerdings gibt es in den Industrieländern eine regelrechte Geldschwemme. Es haben so viele Akteure mehr Geld gespart, als wieder investiert wird, sodass die Zinsen historisch niedrig sind. Und daher sind die Bedingungen für den Investitionsteil dieses Veränderungsprogramms besser denn je. Und wann, wenn nicht jetzt, müsste man ein solches Investitionsprogramm – zuerst privat, aber auch öffentlich – ins Werk setzen, wenn die Realzinsen negativ sind!

Aber das Interessante ist: Es scheitert nicht am Geld. Ich kenne, zugespitzt gesagt, keine einzige Windanlage, die wegen Mangels an Investoren nicht gebaut

wurde. Ich kenne auch in anderen wichtigen Sektoren des Umstiegs keinen Geldmangel. Sondern es ist immer noch so, dass sich die Dinge, die ökologisch vernünftig sind, schlechter rechnen als die, die ökologisch unvernünftig sind. Und das müssen wir ändern durch eine Mischung aus Ordnungsrecht und fiskalischen Instrumenten.

Schluss mit Wegwerfgesellschaft und kurzlebigen Konsum

Und dann kommt hinzu, dass der grüne Wandel, den wir heute brauchen, so tiefgehend ist, dass wir das nicht alleine mit Investitionen werden stemmen können. Und das ist ein großes Tabu in der öffentlichen Debatte. Der Umweltbewegung, noch mehr uns Grünen ist regelrecht aus der Hand genommen worden, überhaupt noch darüber sprechen zu können, dass wir in manchen Bereichen auch über weniger und über Freiheit zum Weniger reden müssen. Also die Dinge anders zu machen, ist inzwischen weitgehend konsensual, wenn auch einige Akteure dann, wenn es ums Handeln geht, immer kneifen. Aber die Frage, dass wir eben nicht das gleiche Niveau an Wegwerfgesellschaft, an Wohnfläche und Versiegelung pro Kopf, an kurzlebigen Konsum, an Menge an Fleischkonsum usw. realisieren können, darüber gibt es ein regelrechtes Tabu.

Es ist ein wichtiges Ziel für uns Grüne und auch für die Akteure der Zivilgesellschaft, sich diese Fragen der Mäßigung wieder anzueignen. Und diese Tabuisierung nicht hinzunehmen. Und das muss eben nicht über Diskurse von Selbstgeißelung laufen, sondern durch Diskurse von Freiheitsgewinn. Wir haben etwa Mehrwegflaschen. Warum haben wir kein Mehrwegbechersystem für Kaffee? Europaweit? Wo man die Becher nicht ungespült in seinem Rucksack durch die Gegend trägt, sondern eben überall wieder befüllen und auch abgeben kann gegen Pfand.

Wir haben es bei der jüngsten Reform der EU-Trinkwasserrichtlinie immerhin geschafft, dass europaweit Wasserspender, Trinkwasser-Spender, in öffentlichen Einrichtungen installiert werden mussten. In ganz Europa! Hat allerdings kaum jemand mitbekommen. Aber jeder, der da sein Wasser in eine kleine Flasche, die man dabei hat, füllt, spart eine Plastikflasche. Und das ist kein Verlust an Lebensqualität, das ist ein Gewinn. Weniger Konsum kann daher sogar zu mehr Freiheit führen. Und so eine Bewegung im Sinne eines „Freiheit zum Weniger“, das ist, was wir uns erarbeiten müssen, um aus diesem Tabu der Verbote herauszukommen.¹

¹ Siehe dazu die Studie: <https://sven-giegold.de/postwachstum-nachhaltiges-leben/>.

Zur Rolle des Finanzsektors in der Klimakrise

FJSB: Gibt es auch Akteure des Finanzsystems, die diesen ganzen Kurs, weil er ja offenbar weniger renditeträchtig zu sein scheint, weil er eben nachhaltig sein muss, ablehnen. Gibt es deswegen Gegnerschaften im Finanzsystem?

Giegold: Also erst mal würde ich eines sagen: Der Finanzsektor hat natürlich trotzdem eine relevante Rolle. Ich halte nur nichts davon, sie zu überhöhen. Seine relevante Rolle besteht darin, dass ökologische Risiken und soziale Risiken echte Risiken für Renditen sind. Und deshalb ist es auch vernünftig, wenn Banken, Versicherungen und Fonds transparent machen, worin sie investieren und Anreize bekommen, ökologische und soziale Risiken und auch korruptions- und menschenrechtsbezogene Risiken zu reduzieren.

Wenn sie das tun und diese Risiken transparent machen und sie reduzieren, dann übt das natürlich auf die Gesamtwirtschaft über den Vektor des Finanzsystems Druck auf alle Akteure aus, die Transformation voranzutreiben. Deshalb hat der Finanzsektor natürlich trotzdem eine relevante Rolle, aber all das kann nur etwas nützen, wenn die Alternativen sich rechnen.

Zudem bin ich nicht Deiner Meinung, dass sich die Alternativen prinzipiell schlechter rechnen. Gerade, wenn man neue Technologien vorantreibt, steigen ja erstmal die Gewinne. Neue Technologien sind knapp im Vergleich zu bereits etablierten. Deshalb kostet das nicht unbedingt Rendite. Aber die neuen Techniken werden gar nicht im Markt so stark ausgreifen, solange die Preise und die Regeln die falschen Anreize setzen und die Preise nicht die ökologische Wahrheit sagen. Und deshalb geht es hier nicht grundsätzlich um einen Renditeverzicht. Ich sage das jetzt natürlich nicht, weil ich grundsätzlich hohe Renditen toll finde, sondern einfach nur, um analytisch sauber zu sein. Man muss davon trennen, wie man dafür sorgt, dass die Früchte des ökologischen Wandels dann wieder gerecht verteilt werden.

Zur Bedeutung der kommunalen Ebene

FJSB: Für einen Stopp des Klimawandels, also für Klimagestaltung im positiven Sinne sind die Kommunen wichtig. Und für Zivilgesellschaft ist es immer wichtig zu fragen: Mit wem kooperiere ich als engagierte/r Freiwillige/r oder auch als große Gruppe? Dabei sollte es – wie das im Sozialen seit 100 Jahren passiert – um öffentliche Güter gehen, die Zivilgesellschaft mit Wirtschaft und Kommune erstellt. Welche Rolle spielen dabei kommunale Unternehmen, die ihre Gewinne in die notwendigen Infrastrukturen reinvestieren?

Giegold: Einen Stopp des Klimawandels kann es leider schon nicht mehr geben. Es geht um die Vermeidung eines katastrophalen Verlaufs, eines Klimanotstands. Kommunen, und dazu gehören ja auch kommunale Unternehmen, sind natürlich einer der ganz wichtigen Akteure des Wandels. Und deren Unfähigkeit, ausreichend in die ökologische Infrastruktur zu investieren, die wir brauchen, ist eines der zentralen Probleme, die wir haben. Es gibt keine Verkehrswende ohne kommunale Infrastrukturen. Es gibt auch keine Energiewende ohne die Investitionen in kommunale dezentrale Netze. Und wir werden auch dezentrale Speicherlösungen brauchen, die man eben nicht nur in kleinen Privathaushalten realisieren kann. Auch wenn das auch einen Beitrag leistet.

Es gibt ganz viele Ebenen, auf denen die Kommunen eine wichtige Rolle spielen. Das bestreitet auch kein vernünftiger Mensch. Insofern ist natürlich wichtig, dass die Kommunen auch die Finanzausstattung haben, um diese Aufgabe überhaupt erfüllen zu können. Und wenn wir jetzt den ökologischen Wandel vorantreiben wollen, gleichzeitig aber auch in eine neue Phase der Austerität laufen durch die Regeln der Schuldenbremse, dann ist das natürlich total kontraproduktiv.

Die soziale und solidarische Ökonomie

Das andere ist, wenn man über die Unternehmen spricht, so muss man sie natürlich so regulieren, dass sie tatsächlich einen öffentlichen Daseinsvorsorgeauftrag verfolgen und nicht Ziele, die dem eigentlich fremd sind. Nur, weil etwas öffentlich ist, ist es nicht automatisch ökologisch gut. Und nur, weil etwas privat ist, ist es nicht ökologisch schlecht. In vielen Bereichen sind auch Privatunternehmen ein ganz bedeutender Akteur. Und was immer vergessen wird, ist der Raum dazwischen, die soziale und solidarische Ökonomie. Dazu zählen Sozialwirtschaft, *social entrepreneurs* oder neue Genossenschaften.

Ich wünsche mir, dass wir – und so steht es auch im Wahlprogramm der Grünen – eine neue Welle von sozialunternehmerischen Gründungen in Deutschland auf den Weg bringen. Also ich finde es fast ein bisschen lustig, dass Euer geschätztes Forschungsjournal sich sorgt um kommunale Unternehmen. Weil für mich ist ökonomische Zivilgesellschaft vor allem die soziale und solidarische Ökonomie. Und nicht die Unternehmen des Staates, auch nicht des kommunalen Staates.

Dabei handelt es sich um jene Unternehmen, die gleichzeitig nicht nur ökonomische Ziele verfolgen, sondern auch Gemeinwohlziele. Und das sind eben Genossenschaften, Sozialunternehmen, die Solidarische Landwirtschaft und

das Feld der Sozialwirtschaft, das in Deutschland so außerordentlich groß ist: von der Diakonie über die paritätischen vielen Vereine, die ja auch wirtschaftlich aktiv sind. Sie haben aber eine erstaunlich schlechte Lobby. Und ich habe mich immer gewundert, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure, anders als dies in der Geschichte der Genossenschaftsbewegung war, diese Sozialwirtschaft weniger als ihresgleichen in der Wirtschaft empfinden.

Die Neue Heimat war ein Gewerkschaftsunternehmen, und die Gewerkschaft hat's damals verbockt mit Intransparenz und spekulativen Anlagestrategien. Die Wohnungsgenossenschaften sind nach wie vor ein Rückgrat, dass die Mieten nicht in allen Innenstadtlagen durch die Decke gehen, und bieten eine gute Wohnqualität bei bezahlbaren Mieten und machen damit soziale Durchmischung in vielen Gegenden. Die soziale und solidarische Ökonomie macht je nach Schätzungen rund acht Prozent aller Beschäftigten in Europa aus, also viel mehr als die Automobilindustrie.

Der Green Deal der Europäischen Kommission

FJSB: Die nächste Frage bezieht sich auf die Bewertung der europäischen Pläne zum Green Deal der Europäischen Kommission und auch ihren Vergleich, wenn man das mal bewertet – mit Biden als Präsident ist ja doch vieles, gerade in der Klimafrage, in Bewegung geraten. Wo liegen denn die Differenzen zwischen dem amerikanischen Ansatz und dem europäischen? Und wie gut ist letzterer aufgestellt?

Giegold: Also man muss jetzt erstmal unterscheiden. Die amerikanische Debatte war ja bestimmt vom Green New Deal und dann dem europäischen Aufnehmen dieses Begriffs, den wir ja auch als Grüne in unseren Forderungen bei den Europawahlen hatten. Nun spricht die EU von einem Green Deal. Jetzt war das natürlich erst mal lustig, dass eine christdemokratische Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen diese grüne Idee namentlich für die Leitstrategie der EU aufgegriffen hat.

Aber ein Green Deal ist kein Green New Deal. Warum? Der Green Deal ist eigentlich eine ökologische Innovationsstrategie, die ökologische Ziele vereint mit der Idee wirtschaftlicher Entwicklung und Innovation. Es ist aber im Green Deal keine Veränderung der großen makroökonomischen Aggregate angestrebt, die der amerikanische Green New Deal durchaus beeinflussen möchte im Sinne von mehr öffentlichen Investitionen, tendenziell weniger privatem Konsum, also einem höheren gesamtwirtschaftlichen Investitionsanteil. Zweitens strebt der

Green New Deal ein Zurückdrängen der Finanzwirtschaft zugunsten der Realwirtschaft sowie drittens mehr soziale Gleichheit durch progressive Steuern bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne an.

Auch das Ziel einer Stärkung des öffentlichen Sektors mit öffentlichen Investitionen, der öffentlicher Infrastruktur verfolgt der Green Deal nicht, weil er eben von seiner Genese her ein Kompromiss zwischen den ökologischen Notwendigkeiten und einer eher klassischen Wirtschaftspolitik ist. Deshalb ist er trotzdem unterstützenswert. Alles andere wäre angesichts der Klimakrise ein fataler Hang zum Selbstmord. Trotzdem muss man analytisch sehen: Das ist nicht der Green New Deal, für den wir als europäische Grüne eingetreten sind. Und es ist auch nicht der Green New Deal, den die Linke der Demokratischen Partei Amerika wollte.

Dagegen gibt es doch einige Übereinstimmung mit dem, was Joe Biden versucht hat, der ja die Ideen des Green New Deal teilweise übernommen hat. Allerdings muss man sagen, Joe Bidens ursprüngliche Entwürfe waren deutlich ambitionierter, sowohl normativ als auch rein quantitativ, als das, was wir in Europa planen. Sie waren allerdings nicht so ambitioniert, was die verbindlichen Klimaschutzziele angeht.

Joe Biden ist also ambitionierter gewesen bei dem Maß der öffentlichen Investitionen und der Stärkung eines progressiven Steuersystems. Joe Biden war aber relativ zurückhaltend – wie in Europa – bezüglich des Finanzsystems, also eher für wenig Regulierung hier. Und Biden war eben nicht sehr konkret, was die Durchsetzung wirklich konsequenter Klimaschutzziele angeht.

Da ist das europäische Programm deutlich stärker. Allerdings muss man sagen: Seit dieses Programm vorgeschlagen wurde, hat die Kraft der alten Lobbys schon erheblichen Schaden angerichtet. Der Green Deal steht unter Druck, und zwar gerade auch in seinen ökologischen Zielen. Aus 55 Prozent Treibhausgas-minderungsziel sind jetzt 52,8 geworden – das Parlament wollte 60 Prozent, und die Klimawissenschaft sagt irgendwo 60 bis 65 Prozent – und gleichzeitig, hat die gemeinsame Agrarpolitik kein ernsthaftes Greening erfahren.

Aber ganz grob hat der Green Deal Kurs gehalten, wenn er auch unzureichend ist für das 1,5-Grad-Ziel und damit klar ist, er erfüllt derzeit den Test der Klimarealität nicht. Und während die Wälder brennen, übt sich die Lobby in Verwässerung. Und leider sind Christdemokraten und Sozialdemokraten nicht konsequent in der Verteidigung von dem, was sie mit uns zusammen da auf den Weg gesetzt haben.

Kapitalmärkte und soziale Ungleichheit

FJSB: Thomas Piketty hat mit seinen Forschungen in den letzten Jahren deutlich gezeigt, dass ein dereguliertes Finanzsystem weltweit systematisch massive Umverteilungen zugunsten der Reichen erzeugt. Was wären erforderliche Gegenmaßnahmen, um diese Ungleichheitseffekte des Finanzsystems abzubremsen oder auch zu ändern?

Giegold: Aus meiner Sicht ist die zentrale Frage, dass die Erträge, die an Kapitalmärkten erzielt werden können, wieder ernstlich besteuert werden. Und damit dies Regionen wie Europa können, brauchen wir eine Ära globaler Steuerkooperation mit Mindeststeuersätzen, mit Transparenz, wer wo auf der Welt was besitzt, damit wir überhaupt wieder die Souveränität zurückgewinnen, Ungleichheit mit Steuern zu bekämpfen. Die Einigung in der G20 auf einen Mindeststeuersatz für Großunternehmen ist daher ein guter erster Schritt. Gerade für Deutschland und Frankreich kommt es darauf an, diesen Mindeststeuersatz in Europa anspruchsvoll umzusetzen. Die USA wollen 21% erheben. Deutschland und Frankreich sollten die USA bei dieser neuen Phase der Steuerkooperation nicht unterbieten. Trotzdem ist das alles natürlich nur ein Anfang, denn alle kleinen und mittleren Unternehmen – darunter auch die meisten Briefkastenfirmen – sind weiter ohne jede Mindestbesteuerung.

Auf der anderen Seite braucht es am unteren Ende der Verteilungsschiene ausreichend hohe Mindestlöhne und Regeln, die dafür sorgen, dass Menschen, die von ihrer Arbeit leben müssen, einen angemessenen Lohn bekommen. Und da sind zentrale Fragen zum Beispiel die prekäre Selbständigkeit und die Informalisierung der Arbeit in Bereichen, in denen ihnen Gewerkschaften nicht helfen, in denen es keine Tarifverträge und eine „Uberisierung“ der Arbeit gibt. Alle, die im Dienstleistungssektor arbeiten, brauchen gute Arbeit und faire Löhne.

FJSB: Noch zwei Fragen. Zum einen das Thema Grundsicherung und zum anderen das Thema OECD und aktuelle Einigung auf weltweite 15 Prozent Mindeststeuer für Unternehmen.

Weltweite Unternehmenssteuern

Giegold: Bei der Unternehmensbesteuerung ist es natürlich Joe Biden zu verdanken, dass wir jetzt mindestens 15 Prozent Unternehmensbesteuerung bekommen. Aber nur für die größten Unternehmen. Das gilt eben nur für je nach Zählung



zwischen 2000 und 8000 Unternehmen. Bisher nicht gelöst sind eine Unzahl an Briefkastenfirmen und auch die Steuergestaltungsmodelle auch sehr großer mittlerer Unternehmen, die sich etwa äußern in Unternehmensanteilen an Familienbetrieben, die steuerbegünstigtes Unternehmenssparen betreiben und damit der progressiven Einkommensteuer ausweichen, die eigentlich dazu da wäre, die Ungleichheit zu begrenzen.

FJSB: Was würde zusammengefasst denn eine Finanzmarktpolitik der sozialökologischen Wende für plakative Hauptmerkmale haben?

Sustainable Finance

Giegold: Der zentrale Punkt ist aus meiner Sicht, dass alle Finanzakteure ihre Klimarisiken offenlegen und reduzieren müssen, und da, wo das schwer ist, mit Eigenkapital unterlegen, um ökologische Risiken abfedern zu können. Das ist das, was man unter *sustainable finance* versteht. Auch, um zu verhindern, dass die Klimarisiken irgendwann eruptiv freigesetzt werden und dann zu großen Schäden in den Jahresbilanzen der Banken und Versicherer führen – mit der Gefahr einer weiteren Finanzkrise.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich Konsequenzen für die Geldpolitik, wo wir genau die gleichen Grundfragen haben: Wertpapiere mit hohen Klima-

riskio sollten von der Zentralbank bei ihren Refinanzierungsgeschäften anders behandelt werden und auch nicht mehr ohne weiteres als Sicherheiten anerkannt werden. Einen solchen Bewertungsspielraum sollte die Zentralbank haben. Gleichzeitig kann die Geldpolitik natürlich auch eine Rolle spielen, um die Finanzierung sozialökologischen[r] Transformation zu verbessern.

Die schwarze Null sakralisiert den ausgeglichenen Haushalt

FJSB: Und jetzt die Frage nach der schwarzen Null.

Giegold: Ja, die schwarze Null. Die schwarze Null sakralisiert den ausgeglichenen Haushalt. Kein Unternehmen würde sich so verhalten. In keinem Managementbuch steht, man soll keine Investitionen per Kredit finanzieren. Das ist einfach ökonomisch irrational. Die Angst dahinter ist, dass unverantwortlich handelnde Politiker mit der Verschuldung übertreiben und denen nicht zu trauen ist. Und deshalb muss man ein irrationales Korsett ziehen. Davon halte ich persönlich gar nichts.

Diese Regeln müssen reformiert werden. Ich bin auch der Meinung, dass es Sinn ergeben kann, Politikerinnen und Politiker[LB6], die ja auf Vier-Jahres-Rhythmen gewählt werden, Grenzen zu setzen in der Versuchung, mehr Geld auszugeben, um wiedergewählt zu werden und die Lasten dafür in die Zukunft zu verschieben. Aber die schwarze Null – unabhängig von der Zinshöhe, unabhängig von der Betrachtung, welche Investitionen angemessen sind, auch durch die öffentliche Hand – ist ein ideologisches, ökonomisch-populistisches Konstrukt.

Wir haben vorgeschlagen, die schwarze Null so zu reformieren, dass Netto-Investitionen des Staates – also zusätzliche öffentliche Investitionen, die über Ersatzzinvestitionen hinausgehen – in einem höheren Maße über Schulden finanziert werden können. Und das finde ich auch einen richtigen Kompromiss. Die deutsche Schuldenbremse sollte entsprechend reformiert werden. Wir sind nicht für die komplette Abschaffung (aus den Gründen, die ich angedeutet habe), aber für eine grundlegende Reform.

Finanztransaktionssteuer

FJSB: Jetzt komme ich auf einen Punkt, den wir vorhin schon mal gestreift haben, nämlich die Finanztransaktionssteuer. Wo stehen wir da? Sind die aktuellen Verhandlungen eher ein Erfolg oder ist das wieder ein Nebengefecht mit keinen großen substanziellen Folgen?

Giegold: Also ehrlich gesagt: Es wird überhaupt nirgendwo mehr über die Finanztransaktionssteuer verhandelt. Das ist alles nur ein Missbrauch des Begriffs. Denn die Finanztransaktionssteuer schon seit Keynes ist doch der Vorschlag, alle Finanztransaktionen mit einer Abgabe zu belegen. Worüber der Bundesfinanzminister in den EU-Institutionen verhandelt, ist, eine kleine Steuer auf Aktien zu erheben, die wir in vielen Ländern Europas ja schon haben und in Deutschland auch einführen sollen. Das kann man natürlich machen, aber das ist keine Finanztransaktionssteuer, weil sie eben die Besteuerung der für Spekulationen hauptsächlich genutzten Derivate gar nicht vorsieht.

Mikrokredite

FJSB: Sind Mikrokredite ein gutes Instrument für ein sozial gerechteres Finanzsystem?

Giegold: Auch Menschen mit kleinen Einkünften sollen Zugang zu Kredit haben. Wovon ich wenig halte, ist allerdings, so zu tun, als wenn sich dadurch ein ökonomisches Wunderwerk auslösen wird, wie es immer wieder mit Blick auf die Entwicklungspolitik beschrieben wurde. Aber es gibt natürlich eine wichtige Funktion des Finanzmarkts, auch schwächeren, sozial benachteiligten Gruppen Zugang zu Kredit zu gewähren. So begannen die Raiffeisenbanken und Volksbanken in Deutschland, die ja auch weiter eine solche Funktion erfüllen, dass man nicht ohne Wucherbedingungen Geld bekommt und nach wie vor einen Zugang auch zu kleineren Kreditsummen hat.

Das Grundproblem ist natürlich, wenn ich keine Zinsmarge mehr habe, dann rechnen sich solche Kredite kaum. Die rechnen sich sowieso schon kaum. Und wenn die Summen sehr klein werden, rechnen sie sich noch weniger.

Kryptowährungen: Bitcoin

FJSB: Kommen wir zu Bitcoin. Das ist ja auch grade wieder mal in der Diskussion, Geld ohne Abdeckung durch Zentralbanken und Staaten – von dem riesigen Energieverbrauch einmal ganz zu schweigen. Wie würde denn Bitcoin mit Blick nach vorne künftig zu bewerten sein? Brauchen wir weiter die Zentralbanken und die Rückkopplung? Welche Rolle spielen solche Währungen, die quasi an den etablierten Staatswährungen vorbeigehen?

Giegold: Ich bin über die Debatten rund um Bitcoin und Co. teilweise sehr überrascht. Kryptowährungen beruhen auf einer faszinierenden Technologie, der Distributed Ledger Technology. Diese ermöglicht im Grunde Dienstleistungen aus einer freien Vereinbarung heraus, die einfach deshalb wirtschaftliche Legitimation haben, weil sie von Menschen genutzt und von Akteuren weiterentwickelt werden. Das ist im Grunde ein ökonomischer Anarchismus im guten Sinne, der dahintersteckt. Also eine Art Wirtschaft aus freien Vereinbarungen im Sinne von Kropotkin oder Landauer. Auch Bakunin hätte sich gefreut.

Aber das Problem der Verantwortungslosigkeit, wenn ein solcher Ledger einmal draußen ist, ist, dass wenn Dritte geschädigt werden, unklar ist, wen man zur Verantwortung zieht. Und wenn ein solches System mit einem ebenso hohen Energieverbrauch wie ein Staat wie die Niederlande einhergeht, dann ist das einfach nicht Klimawandel-gerecht. Die in größerem Maße genutzten Distributed Ledgers brauchen Technologien, die das Mining ohne so großen Energieverbrauch ermöglichen. Dazu gibt es auch Pilotprojekte. Aber man kann nicht hinnehmen, dass einfach gesagt wird: Ja, das ist eben so, und da kann man nichts machen, und dann akzeptieren wir eben, dass hier so ein riesiger Energieverbrauch erlaubt wird, während wir ansonsten jeden Kühlschrank regulieren.

Das zweite ist, dass die Kryptowährungen darauf beruhen, dass man Geschäfte via Pseudonym tätigt. Man kann zwar die Zahlungsverkehre nachvollziehen, aber man weiß nicht, wer dahintersteckt. Aus guten Gründen haben wir im klassischen Bankgeschäft darauf bestanden, dass Inhaber*innen von Konten transparent werden. Damit man nachprüfen kann, falls kriminelles Handeln stattfindet, wem das Geld gehört. Dass das bisher nicht perfekt funktioniert, stimmt, aber der Anspruch ist völlig klar. Und es ist naiv zu sagen, man schafft hier einen Zahlungsverkehrsraum, in dem man nicht nachvollziehen kann, wer hinter Zahlungen steht, und verkauft das als einen Freiheitsgewinn.

Denn tatsächlich besteht hier eine Ermöglichungsstruktur für kriminelles Handeln in systemischer Größenordnung, wobei der Zugang umso relevanter wird, je mehr Geld man hat. Auch die aktuellen Erpressungen von Firmen im digitalen Raum über eine sogenannte Ransomware beruhen eigentlich immer auf

Zahlungen in Kryptowährung. Auch Bezahlung im Darknet von Drogen, Waffen und vielen anderen Scheußlichkeiten beruhen auf Kryptowährung. Daher bin ich der Meinung, die Distributed Ledger Technology und auch die Kryptowährungen spielen eine wichtige Rolle, aber sie müssen sich ökologischen Anforderungen stellen, und sie dürfen kein neues Schlupfloch für Finanzkriminalität darstellen.

Die Zentralbanken sind eigentlich in der Hinsicht sehr effizient. Statt ein aufwändiges Mining zu betreiben, stellen sie Geld bereit. Ich persönlich bin für die Demokratisierung dieses Geldzugangs. Bisher ist es so: Um von dem öffentlich bereitgestellten Gut „Geld“ partizipieren zu können, muss ich den Weg über eine Bank nehmen. Warum eigentlich? Warum können in einer Zeit der Digitalisierung Bürgerinnen und Bürger nicht ihr eigenes Konto bei der Zentralbank haben? Das ist die Idee hinter dem digitalen Euro. Eigentlich braucht es dazu nicht zwingend eine Bank. Das ist sehr konkret in der Vorbereitung. Die europäische Zentralbank arbeitet daran.

Allerdings habe ich den Eindruck, dass hinter den Kulissen ein Grundproblem nicht gelöst ist. Sobald man den digitalen Euro einführt, wird man natürlich fragen, warum brauche ich dann noch die Banken in dieser Größenordnung? Für die Gewährung von Krediten? Klar, diese Funktion bleibt, weil die Zentralbank kein Monopol auf Kreditvergabe entwickeln sollte. Dann würde ja ein einzelner Akteur die Macht haben, wer kreditwürdig ist. Aber warum sollte es für den normalen Zahlungsverkehr dann nicht reichen, direkt bei der Zentralbank ein Konto zu unterhalten? Und das ist das Sympathische an Bitcoin und Co., dass dieses System grundsätzlich jedem einzelnen ermöglicht, ein Konto zu eröffnen und seine Zahlungsverkehrsdienste durch die Nutzung einer letztlich offenen Software-Plattform in dieser Distributed Ledger Technology zu machen. Und wenn man dem einen öffentlichen Wettbewerber entgegensetzen will, dann verlieren die Banken einen relevanten Teil ihrer Einkünfte. Es ist ja kein Eigenwert, dass Banken hohe Gebühren für Zahlungsverkehr verlangen können. Also ich sehe dafür keine besonders starke Rechtfertigung.

Strategische Partner aus der Zivilgesellschaft bei einer sozial-ökologischen Transformation

Giegold: In Deutschland hat sich die „Finanzwende“ in kürzester Zeit zu einem angesehenen kompetenten und auch öffentlichkeitswirksamen Akteur entwickelt. Finanzdebatten sind ja oft ein wenig kryptisch für viele Leute. Und deshalb ist die Kombination aus Expertise und Kampagnenfähigkeit das, was man braucht. Dem entspricht auf europäischer Ebene Finance Watch. Es gibt auch in Amerika

eine ganze Reihe wirklich spannender Organisationen wie zum Beispiel Better Markets.

Aber gleichzeitig gibt es in der Zivilgesellschaft eine Tendenz, die ich seit Langem mit einer gewissen Skepsis beäuge, nämlich ökonomische Heilslehren. Zum Beispiel gibt es derzeit einen richtigen Hype um die sogenannte „Modern Monetary Theory“. Maurice Höfgen, der einen Beitrag dazu im Journal schreibt, ist ein Vertreter dieser Theorie. Ein paar Jahre vorher war es das „Vollgeld“, das alle diskutiert haben. Zeitweise war auch die Finanztransaktionssteuer bei einigen so eine Art Heilsversprechen. Es ist nur leider so:

Es gibt – obwohl hinter der Modern Monetary Theory wie hinter dem Vollgeld interessante Ideen stecken, die ich auch gar nicht alle in Bausch und Bogen verdammen will, und erst recht nicht die Finanztransaktionssteuer – keine Allzweckwaffe für die wichtigsten Probleme im Finanzsektor, sondern es handelt sich allenfalls um Beiträge zu solchen Lösungen. Genauso wie das bedingungslose Grundeinkommen immer so eine Art Heilslehrencharakter hat, gibt es das eben im finanzwirtschaftlichen Bereich auch. Das hilft uns nicht weiter. Grade, wenn es sich um komplexe Fragen handelt, da habe ich auch eine gewisse Portion Skepsis und Vorsicht.

Sven Giegold, Europaabgeordneter aus NRW, ist Sprecher der deutschen Grünen im Europaparlament, Obmann der grünen Fraktion im Ausschuss für Wirtschafts- und Finanzpolitik und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Er engagiert sich für die Regulierung der Finanzmärkte im Interesse der Realwirtschaft und Bürger*innen und für die ökologische Transformation der europäischen Wirtschaft. Seit über 20 Jahren ist der Wirtschaftswissenschaftler in sozialen und ökologischen Bewegungen aktiv. Er ist Mitglied des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentags.